

PROSTITUTION

Not oder benötigt?

Christiane Walerich

Im Rahmen eines Kolloquiums wurde über die Ursachen von Prostitution und den Umgang damit philosophiert - ohne Betroffene zu Wort kommen zu lassen.

„Inwiefern läuft die Käuflichkeit der sexuellen Dienstleistung Gefahr, den Menschen selbst zu einem Objekt zu degradieren und somit die Menschenwürde des Einzelnen zu verletzen? Aus welchen Gründen prostituieren sich Frauen und Männer und inwiefern kann Prostitution dann noch freiwillig sein? Und kann man Prostitution überhaupt als regulären Beruf bezeichnen?“ Das sind einige der Fragen, die im Rahmen des von der Uni Luxemburg und dem Fonds national de la recherche organisierten Kolloquiums zum Thema Prostitution gestellt wurden. Seltsam bei dieser Veranstaltung war nur, dass keine Betroffenen aus dem Milieu - Prostituierte oder Interessensverbände von SexarbeiterInnen - zu Wort kamen. Namhafte Soziologen und Theoretiker boten zwar einen Überblick, philosophierten jedoch letztlich über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Dementsprechend schwierig gestaltet sich im Nachhinein eine Meinungsbildung zu der Frage, wie man denn nun in Luxemburg mit dem Phänomen Prostitution umgehen soll. Hiermit beschäftigten sich auch die VertreterInnen diverser Parteien in einem abschließenden Rundtischgespräch.

„In Luxemburg haben wir einen Umgang mit dem Phänomen Prostitution, der weder Fisch noch Fleisch ist“, stellte die LSAP-Abgeordnete Lydie Err fest. Einerseits habe sich Luxemburg als Mitglied der New Yorker Konvention engagiert, die Prostitution nicht zu reglementieren. Andererseits würde Luxemburg - abgesehen vom Gesetz zum Verbot der Zuhälterei - dennoch, wenn auch auf Gemeindenebene, die Prostitution reglementieren: So dürfen Frauen sich nur zwischen 20.00 und 3.00 Uhr abends in gewissen Strassen aufhalten. Außerhalb dieser Uhrzeiten und Orte, kann man verfolgt werden. „In Luxemburg ist also die Prostitution an sich nicht verboten, nur das Benehmen, das man der Prostitution zuschreiben kann“, so Err. Sie selbst plädiere nicht für eine Legalisierung der Prostitution nach holländischem oder deutschem Vorbild. „Wir brauchen das nicht, da der Hauptvorteil dieser Lösung bereits in Luxemburg existiert. Nämlich dass Prostituierte Zugang zu Sozialversicherungen bekommen“, so Err. So können Prostituierte sich bei den Sozialversicherungen als Freiberufler eintragen ohne ihre tatsächliche Aktivität benennen zu müssen.

„Ich plädiere für ein Luxemburger Modell, das Aspekte verschiedener internationaler Regelungen beinhaltet: Wir bleiben im Rahmen der New Yorker Konvention, die Prostitution an sich wird also nicht verfolgt. Jedoch

sollte überlegt werden, inwiefern man Einfluss auf die Kunden ausüben könnte, um das Phänomen zu reduzieren“, sagt Err. Diesen Weg will auch das Chancengleichheitsministerium einschlagen, das im vorigen Jahr die viel diskutierte Kartografie der Prostitution veröffentlicht hat, eine Art soziale Milieustudie. „Die Prostitution wird oft nur aus dem Blickwinkel der Prostituierten betrachtet“, meint Isabelle Klein vom Chancengleichheitsministerium. Das Ministerium habe vor, dieses Jahr den Schwerpunkt der Studien auf den Kunden auszurichten.

Auf internationaler Ebene existieren zurzeit unterschiedliche rechtliche Umgangsformen mit dem Phänomen Prostitution. Beim Prohibitionsprinzip werden alle mit Prostitution in Verbindung stehenden Handlungen und Personen bestraft. Diese Regelung findet man teils in amerikanischen Bundesstaaten sowie in islamischen Ländern. Kontrovers diskutiert wird das Abolitionsprinzip, besser bekannt als schwedisches Modell: Schweden hatte als eines der ersten Länder am 1. Januar 1999 das „Gesetz zum Verbot des käuflichen Erwerbs sexueller Dienstleistungen“ eingeführt. Längerfristiges Ziel ist die Abschaffung der Prostitution, weil, so die Begründung, die Prostitution mit der Würde der Frau nicht vereinbar sei. In diesem System werden die Prostituierten rechtlich nicht belangt - sehr wohl

aber die Freier sowie die in Zusammenhang mit Prostitution stehenden Handlungen. Den Frauen wird beim Ausstieg aus der Szene geholfen. Und Kindern wird die Ächtung des Kaufs sexueller Dienstleistungen bereits im Grundschulunterricht vermittelt. Kritiker dieser Methode bemängeln, dass letztlich durch diese restriktive Haltung die Prostitution mehr in den anonymen Untergrund und in die Erotikportale und Freierforen im Internet abgewandert sei, so dass Gewalt gegen Prostituierte und Geschlechtskrankheiten nicht mehr kontrolliert werden können.

Genau die andere Richtung haben Länder wie Deutschland, die Schweiz oder die Niederlande eingeschlagen. Sie haben eine liberale Prostitutionsgesetzgebung: Sexarbeit wird als normaler Beruf angesehen, dessen Ausübung lediglich vor Missbrauch und anderen Berufsrisiken zu schützen ist. Das Gesetz schreibt Genehmigung von Bordellen, Registrierung, Gesundheitskontrolle und Steuerpflicht für Prostituierte vor. Prostituierte haben Zugang zu den gesetzlichen Krankenversicherungen. BefürworterInnen dieser Methode weisen darauf hin, dass sich das Selbstbewusstsein vieler Prostituierte durch das Wissen, gegenüber einem Kunden nicht rechtflos zu sein, vergrößert habe und somit weder die Freier, noch die Zuhälter, noch der Staat die Prostituierten so leicht ausbeuten können. Ganz an-



„Ruf an!“
Sex sells und ist medial
überall präsent.

ders sehen die KritikerInnen - darunter namhafte Persönlichkeiten wie die deutsche Parodefeministin Alice Schwarzer - das ganz anders: Die liberalere Herangehensweise habe die Arbeitsbedingungen der Huren verschlechtert. Es fehle an Beamten, die in genehmigten Bordellen überprüfen, ob die vom Gesetz bestimmten Standards für Arbeitsbedingungen tatsächlich eingehalten werden. Die Konkurrenz sei schärfer geworden. Die liberale Prostitutionsgesetzgebung habe zum Straßenstrich mit Dumpingpreisen, Zuhältern aus Osteuropa und Großbordellen geführt.

Der „Conseil National des femmes“ (CNFL) hat sich in einer kürzlich veröffentlichten Resolution für das schwedische Modell ausgesprochen, das die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen sanktioniert. „Jede Reflexion über die Prostitution in einer Demokratie ist heute unweigerlich mit der Autonomie der Frauen in unserer Gesellschaft verbunden“, sagt Christine Doerner vom CNFL. Die freiwillige Prostitution werde heute als die „gute“ Prostitution gemäß dem liberalen Ideal „Es ist meine Wahl. Mein Körper gehört mir“ akzeptiert und einfach der schlechten Prostitution, die von internationalen Ringen betrieben wird, gegenübergestellt. „Die Prostitution ist jedoch keine kommerzielle Transaktion wie jede andere“, so Doerner. „Sie erzeugt eine Art Dissoziation in der Art: Das ist mein Körper und das bin

nicht ich“. Aufgrund der Käuflichkeit der sexuellen Dienstleistung würde die Prostitution den Menschen selbst zu einem Objekt degradieren und somit die Menschenwürde des Einzelnen verletzen. Auch würde eine liberale Gesetzgebung nur zu Ausbreitung der Prostitution beitragen.

Ein Stück weit anders sieht es Thérèse Gorza von Déi Lénk: „Mich stört diese Vermischung zwischen Prostitution, Zuhälterei und Sklaverei. Dies führt meiner Meinung nach dahin, dass Frauen lediglich als Opfer erscheinen. Als ob sie nicht ihre eigenen Ideen oder ihren eigenen Willen hätten.“ Man müsste auf ganz pragmatische Weise an die Probleme herangehen, die Prostituierten nach ihren Bedürfnissen fragen - statt in ihrem Namen zu reden. So sei die Studie des Gleichheitsministeriums zwar nicht sehr repräsentativ gewesen, habe aber gezeigt, dass es Gewaltprobleme im Milieu gebe, Probleme mit der Gemeinde sowie den Ordnungskräften und dass der Standort des Straßenstrichs nach wie vor problematisch sei. Eine Selbsthilfeorganisation für Prostituierte sei wichtig, ebenso Beratungsstellen wie das Drop-In. „Natürlich ist es klar, dass Prostitution nicht immer aus freien Stücken passiert. Aber man muss es akzeptieren, wenn eine Frau sich für die Prostitution entscheidet“, meint Gorza.

Warum also entscheiden sich einige für die Prostitution als Erwerbsmöglichkeit und andere nicht? Es existieren Studien, die vorgeben, dass der Prozentsatz der Prostituierten, die in ihrer Kindheit ein psychisches Trauma erfahren haben, sexuell missbraucht oder misshandelt wurden, sei sehr hoch. Aber auch die Armut und die erzwungene Prostitution durch Zuhälter oder ganze Mafiaringe spielen in einem „Business“ dessen Umsatz sehr hoch ist, eine große Rolle. Letztere haben ein großes Interesse am Image der freiwilligen Prostitution. So existiert eine Migration von Menschen, meistens Frauen, die aus wirtschaftlich schwachen Ländern unter Vorspiegelung guter Arbeitsmöglichkeiten an andere Orte verschleppt werden. Dort bringt man sie durch körperliche und psychische Gewalt in persönliche und finanzielle Abhängigkeit und zwingt sie zur Prostitution. Gerade weil Europas Grenzen dicht sind, ist die Gefahr, in die Hände von Menschenhändlern zu geraten, hoch. Auch wird für jene „Illegalen“ ein Ausstieg aus der Prostitution quasi unmöglich - aus Angst vor einer Abschiebung.

Aber sogar in unseren wohlhabenden Ländern, prostituieren sich Frauen gelegentlich, da sie trotz ihrer Arbeit nicht über die Runden kommen. „Ich glaube, dieses Phänomen wird sich noch verbreiten, denn gerade allein Lebende oder allein Erziehende sind vom Phänomen der Armut be-

troffen“, so Gorza. Ein weiterer Grund für Prostitution können Zwangslagen sein, etwa die Beschaffungsprostitution. „Diese Prostitution gäbe es nicht, wären die Drogen legalisiert und man verabreichte diese den Drogenabhängigen im Rahmen von Programmen“, meint Gorza.

Insgesamt erscheint die Abgrenzung zwischen Zwang und freiwilliger Berufswahl schwierig: Denn auch freiwillige Prostituierte können, bei mangelnder sozialer oder materieller Unterstützung ihres Umfeldes, in Abhängigkeitsverhältnisse gebracht werden. Letztlich bleibt das Problem: Frauen und Männer gehen dieser Tätigkeit nach und es gibt eine große Nachfrage. „Prostitution ist komplex, denn es handelt sich hier nicht nur um ein Sozialproblem“, so Err.

Unabhängig davon, für welches Modell sich Luxemburg in Zukunft entscheidet, erscheinen Prävention, Hilfe und Aufklärung auch in den Herkunftsländern wichtig, damit Frauen nicht darauf angewiesen sind, sich Zuhältern auszuliefern. Und es fehlt nach wie vor an Ausstiegshilfen für Prostituierte, diese müssten weiter gefördert werden.